

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 25.06.2010

N i e d e r s c h r i f t

der 39. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses
am Montag, dem 21.06.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:05 - 22:13 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe
Herr Diedrich Backhaus
Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Klaus Peter Möller
Herr Thiemo Roth

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser **Ausschussvorsitzende**
Herr Gerhard Merz
Herr Christopher Nübel
Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Dr. Bettina Speiser
Herr Christian Otto

(in Vertr. für Stv. Dr. Deetjen)

Stadtverordnete der Die Linke-Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

Außerdem:

Frau Christine Wagener CDU-Fraktion
Herr Johannes Zippel FW-Fraktion

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat
Herr Harald Scherer	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Frau Julia Thon	Dezernat I	
Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	
Herr Thomas Gernandt	stellv. Leiter der Kämmerei	(bis 20:15 Uhr)
Frau Thea Pieh	Kämmerei	(bis 20:15 Uhr)
Herr Alois Herfert	Bauordnungsamt	(ab 21:56 Uhr)
Herr Hartmut Klee	Leiter des Hochbauamtes	(ab 21:56 Uhr)
Herr Klaus-Jürgen Weber	Hochbauamt	(ab 21:56 Uhr)

Vom Ausländerbeirat:

Herrn Edin Muharemovic	(ab 19:30 Uhr)
------------------------	----------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schifführer
-------------------	-------------

Gäste/Sachverständige:

Herr Norbert Hornung	Landesbank Hessen-Thüringen	(bis 20:15 Uhr)
Herr David Baumeister	Landesbank Hessen-Thüringen	(bis 20:15 Uhr)

Entschuldigt:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen	Fraktion B'90/Die Grünen
---------------------------	--------------------------

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Die **Vorsitzende** weist daraufhin, dass ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats „Kostenerstattung für Maßnahmen der Schulgesundheitspflege“, STV/3138/2010, vorliegt. Da der Antrag erst am 14.06.2010 im Magistrat beschlossen wurde, konnte er nicht mehr fristgerecht auf die heutige Tagesordnung gelangen.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, spricht sich gegen die Behandlung des Antrags aus, da dieser erst unmittelbar vor der Sitzung verteilt wurde.

Abstimmungsergebnis: Die Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: Linke).

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, beantragt, die Magistratsvorlage „Lokale Agenda 21 Gießen ...“, STV/3102/2010 (TOP 11 der Einladung), um eine Sitzungsrunde zu vertagen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die **Vorsitzende** lässt über die Anträge des Magistrats, die Verkäufe städtischer Grundstücke (STV/3048/2010 und STV/3049/2010) in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Die **Vorsitzende** weist auf die Empfehlung des Magistrats, die Vorlage „Kreditaufnahme“, STV/3057/2010, nicht öffentlich zu behandeln, hin.

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, spricht dagegen.

Abstimmungsergebnis: Die Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: Linke).

Zum Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit zur Magistratsvorlage STV/3092/2010 sagt **Stv. Janitzki**:

„Hier möchte ich begründen, warum es nicht öffentlich behandelt werden sollte. Ich unterstütze das voll und will es ´mal begründen. Es geht in diesem Fall nicht, wie es aus dem Titel zu erwarten sein könnte, um den abgeschlossenen Vergleich. Sondern es geht im Prinzip um die Marge, wie die Stadt in die Verhandlungen, wenn es zu Vergleichsverhandlungen kommt, gehen will. Das ist selbstverständlich, dass das natürlich nicht vorher öffentlich gemacht wird. Deswegen unterstützen wir ausdrücklich die Nichtöffentlichkeit.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, beantragt die wörtliche Protokollierung der Aussage des Stv. Janitzki, da sie der Nachwelt überliefert werden müsse.

Abstimmungsergebnis: Die Behandlung der Vorlage STV/3092/2010 in nicht öffentlicher Sitzung wird einstimmig beschlossen.

Die **Vorsitzende** lässt über die gesamte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

- | | | |
|------|---|---------------------------------------|
| 2. | Allgemeine Richtlinien zum Einsatz derivativer Finanzierungsinstrumente
- Antrag des Magistrats vom 19.05.2010 - | STV/3087/2010 |
| 3. | Vorschlag der Universitätsstadt Gießen für die Ernennung eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Gießen III (Rödgen) durch den Präsidenten des Amtsgerichts Gießen
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2010 - | STV/3093/2010 |
| 4. | Ankauf einer Teilfläche eines bebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen
- Antrag des Magistrats vom 27. April 2010 | STV/3047/2010
Kenntnisnahme |
| 5. | Sozialer Wohnungsbau - Bewilligung eines Darlehens für den Neubau einer Wohnanlage für seniorenrechtliches Wohnen in Gießen, Eichendorffring 93, 18 Wohneinheiten, 2. BA
- Antrag des Magistrats vom 05.05.2010 - | STV/3059/2010 |
| 6. | Sozialer Wohnungsbau - Bewilligung eines Darlehens für die Sanierung von 52 Wohneinheiten in Gießen, Reichelsberg 3/5
- Antrag des Magistrats vom 10.05.2010 - | STV/3070/2010 |
| 7. | Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 67 -
- Antrag des Magistrats vom 20.04.2010 - | STV/3031/2010
Kenntnisnahme |
| 8. | Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 20.05.2010 - | STV/3090/2010 |
| 9. | Gründung einer Durchführungsgesellschaft für die Landesgartenschau 2014
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2010 - | STV/3094/2010 |
| 9.1. | Landesgartenschau
hier: Gründung einer Durchführungsgesellschaft
- Antrag der BLG vom 07.06.2010 - | STV/3125/2010 |
| 10. | Kommunaler Finanzausgleich; Zuweisungen zu den Ausgaben der örtlichen Jugendhilfe nach § 23b Finanzausgleichsgesetz - Klage gegen das Land Hessen
- Antrag des Magistrats vom 26.05.2010 - | STV/3097/2010 |

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 11. | Kostenerstattung für Maßnahmen der Schulgesundheitspflege
- Antrag des Magistrats vom 14.06.2010 - | STV/3138/2010 |
| 12. | Entlastung des Haushaltsplanes der Stadt Gießen
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.05.2010 - | STV/3091/2010 |
| 13. | Besetzung der Stelle der Frauenbeauftragten
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3052/2010 |
| 13.1. | Besetzung der Stelle der Frauenbeauftragten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3129/2010 |
| 14. | Aufsichtsrat der Stadttheater GmbH
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3053/2010 |
| 15. | Internet-Versorgung in den Stadtteilen und im Europaviertel
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3124/2010 |
| 16. | Schulbaupauschale
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3126/2010 |
| 17. | Persönlichkeits- und Datenschutz für Gießens Bürger
(Google Streetview)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3127/2010 |
| 18. | EDEKA-Markt in der Ludwigstraße
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Grünen, FDP
vom 06.05.2010 - | STV/3128/2010 |
| 19. | Vergabe des Sportplatzes an der Volkshalle
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3130/2010 |
| 20. | Berichts Antrag zur Partizipation heimischer Betriebe an
Konjunkturprogrammen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3131/2010 |
| 21. | Antrag zur Verordnung über die Mindestvoraussetzungen
für den Betrieb von Kindertagesstätten (MindestVO)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 - | STV/3132/2010 |
| 22. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Allgemeine Richtlinien zum Einsatz derivativer Finanzierungsinstrumente STV/3087/2010 - Antrag des Magistrats vom 19.05.2010 -

Antrag:

„Die als Anlage beigefügte Richtlinie zum Einsatz derivativer Finanzierungsinstrumente (Derivate) wird beschlossen.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz stellt kurz die wesentlichen Punkte der Richtlinien vor. Weiterhin informiert sie, dass durch das Portfoliemanagement, das bei der Stadt Gießen seit 2003 mit Beratung durch die Landesbank Hessen-Thüringen betrieben wird, insgesamt 4,2 Mio. € Zinsaufwendungen eingespart werden konnten.

Herr Hornung, Landesbank Hessen-Thüringen, gibt anhand einer Power-Point-Präsentation Informationen zum Portfoliemanagement mit besonderem Bezug auf die von der Stadt Gießen betriebenen Geschäfte. Die Präsentation wird den Anwesenden in ausgedruckter Form ausgehändigt. (Sie ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Fragen der Stadtverordneten Schirmer, Janitzki, Koch-Michel und Wagener werden von Herrn Hornung, Herrn Doring und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz beantwortet.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, kritisiert, dass die Richtlinien – angesichts des bereits seit 2003 betriebenen Portfoliomanagements und des seit 18.02.2009 bestehenden einschlägigen Erlasses – spät vorgelegt wurden und dass sie die Funktion der Einschränkung risikobehafteter Finanzgeschäfte zu wenig erfüllen.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz entgegnet, zur Erstellung der Richtlinien sei eine umfassende Abstimmung, auch mit dem Hessischen Städtetag, erfolgt, die Zeit in Anspruch genommen habe. Die Richtlinien enthalten nach ihrer Ansicht wesentliche Eckpunkte, die ein verantwortungsvolles Handeln im Bereich dieser Finanzgeschäfte sichern.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. **Vorschlag der Universitätsstadt Gießen für die Ernennung eines Ortsgerichtsschöffen für das Amtsgericht Gießen III (Rödgen) durch den Präsidenten des Amtsgerichts Gießen - Antrag des Magistrats vom 25.05.2010 -** **STV/3093/2010**
-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen schlägt für die Ernennung zum Ortsgerichtsschöffen des Amtsgerichts Gießen III (Rödgen) durch den Präsidenten des Amtsgerichts vor:

Herrn Kurt Seipp
Staatl. gepr. Bautechniker i.R.
geb. am 04.12.1937
Zum Bahnhof 8
35394 Gießen-Rödgen

Die Amtszeit wird auf 5 Jahre begrenzt.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. **Ankauf einer Teilfläche eines bebauten Grundstücks in der Gemarkung Gießen - Antrag des Magistrats vom 27. April 2010** **STV/3047/2010**
-

Antrag:

„Dem Ankauf einer Teilfläche von ca. 30 m² des Grundstücks Gemarkung Gießen Flur 52 Nr. 169/12, Fasanenweg 1, von der **Wohnbau Gießen GmbH, Ludwigstraße 4, 35390 Gießen**, wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Der Kaufpreis beträgt 125,00 €/m²,
mithin für 30 m² = 3.750,00 €

und wird zur Zahlung fällig nach Eintragung der Auflassungsvormerkung im Grundbuch und Vorlage eventuell erforderlicher Pfandfreigabebeerklärungen.

2. Die anfallenden Notar- und Grundbuchkosten sowie die Grunderwerbsteuer (insgesamt ca. 225,00 €) und die Vermessungskosten trägt die Stadt Gießen.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

5. **Sozialer Wohnungsbau - Bewilligung eines Darlehens für den Neubau einer Wohnanlage für seniorenrechtliches Wohnen in Gießen, Eichendorffring 93, 18 Wohneinheiten, 2. BA - Antrag des Magistrats vom 05.05.2010 -** **STV/3059/2010**
-

Antrag:

„Der Wohnbau Gießen GmbH wird zur Mitfinanzierung von 18 Wohneinheiten ein Darlehen in Höhe von

180.000,00 €

zu folgenden Konditionen bewilligt:

Zinsen:	0,90 % p. a. ab Auszahlung nach Ende der Belegungs- und Mietpreisbindung marktübliche Verzinsung, mind. 2,50 % p. a.
Tilgung:	1,00 % p. a. zuzüglich ersparter Zinsen
Bearbeitungsgebühr:	1,00 % (einmalig)
Auszahlung:	100 % (nach Baufortschritt)
Bereitstellung:	Haushaltsjahr 2010: 180.000,00 €
Rückzahlung:	vierteljährlich zum 15.03./15.06./15.09./ 15.12. Kostenträger: 1682010100 - Finanzwirtschaft allgemein - Kostenstelle: 200303 - Wohnbau Gießen GmbH - Sachkonto: 1250111“

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, fragt, ob die Stadt das Geld für den Kredit, den sie der Wohnbau Gießen GmbH zu den außergewöhnlich günstigen Konditionen – 0,9 Zinsen p.a. – gewähre, zu gleich günstigen Bedingungen erhalte.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz antwortet, für die Maßnahme gewähre auch das Land einen Kredit an die Wohnbau Gießen GmbH mit diesem Zinssatz, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Stadt dies ebenfalls zu diesen Bedingungen tue.

Herr During ergänzt, die Stadt selbst erhalte zur Gewährung des Kredits keine speziell vergünstigten Darlehen.

Stv. Möller fragt, was die Differenz zwischen Kreditgewährung und Kreditfinanzierung die Stadt Gießen koste.

Herr During weist daraufhin, dass nicht jede Leistung der Stadt vollständig kreditfinanziert sei. – Auf eine Bitte des Stv. Möller erklärt Herr During, die Differenz müsse die Kämmerei ausrechnen und nachreichen.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, fragt, ob zumindest ein Teil des zu gewährenden Kredits aus den zweckgebundenen Einnahmen der Fehlbelegungsabgabe bestritten werde.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz antwortet, davon gehe sie aus, wolle es aber noch genau prüfen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/1 GR/LINKE; StE: CDU/1 GR/FDP).

6. Sozialer Wohnungsbau - Bewilligung eines Darlehens für die Sanierung von 52 Wohneinheiten in Gießen, Reichelsberg 3/5 **STV/3070/2010**
- Antrag des Magistrats vom 10.05.2010 -

Antrag:

„Der Baugenossenschaft 1894 Gießen eG wird zur Mitfinanzierung von 52 Wohneinheiten ein Darlehen in Höhe von

600.000,00 €

zu folgenden Konditionen bewilligt:

Auszahlung:	100 % (nach Baufortschritt)
Zinsen:	ab Auszahlung 10 Jahre = 1,20 % p. a. danach 5 Jahre = 3,50 % p. a. danach für die Restlaufzeit marktüblich mindestens jedoch 4,50 % p. a.
Tilgung:	2,00 % p. a.
Bearbeitungsgebühr:	1,00 % (einmalig)
Rückzahlung:	vierteljährlich zum 15.03./15.06./15.09./15.12.
Bereitstellung:	Haushaltsjahr 2010 = 240.000,00 € Haushaltsjahr 2011 = 120.000,00 € Haushaltsjahr 2012 = 120.000,00 € Haushaltsjahr 2013 = 120.000,00 €
Verrechnung:	Kostenträger: 1682010100 - Finanzwirtschaft allgemein - Kostenstelle: 200309 - Baugenossenschaft 1894 Gießen eG - Sachkonto: 1601111"

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: 2 CDU/SPD/1 GR/LINKE; StE: 3 CDU/1 GR/FDP).

7. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 114g HGO - Amt 67 - **STV/3031/2010**
- Antrag des Magistrats vom 20.04.2010 -

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1372010200/Invest.-Nr.: 672010029 -
Ausstattungsgegenstände Förderschulen - wird eine außerplanmäßige Auszahlung in
Höhe von

18.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Kostenträger 1372010200/Invest.-Nr.: 672009005 -
Ausstattungsgegenstände Grundschulen -."

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**8. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß STV/3090/2010
§ 114g HGO - Amt 66 -
- Antrag des Magistrats vom 20.05.2010 -**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1264010100/Invest.-Nr.: 662009065 - Straßenbau
Leimenkauter Weg - wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von

185.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus

Kostenträger 1264010100/Invest.-Nr.: 662009014

- Baugebiet Schlangenzahl -

60.000,00 €

Kostenträger 1270010200/Invest.-Nr.: 662010002

- Bushaltestellen -

125.000,00 €."

Verschiedene Fragen der **Stv. Koch-Michel**, BLG, werden von **Stadtrat Rausch**
beantwortet.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

Die **Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 9 und 9.1 zur gemeinsamen
Beratung auf.

**9. Gründung einer Durchführungsgesellschaft für die STV/3094/2010
Landesgartenschau 2014
- Antrag des Magistrats vom 25.05.2010 -**

Antrag:

„Die Gründung der 'Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH' wird beschlossen.
Der Gesellschaftsvertrag wird dem Magistrat zur Abstimmung vorgelegt."

Bürgermeisterin Weigel-Greilich gibt zum Berichtsantrag der Bürgerliste Gießen
folgende Auskünfte, deren wörtliche Protokollierung Stv. Koch-Michel beantragt:

*„Zur Anfrage von Frau Koch-Michel würde ich heute hier antworten wollen.
Einmal: Wann ist mit der Gründung der Durchführungsgesellschaft zu rechnen? Heute werden wir im Hauptausschuss und in der folgenden Stadtverordnetenversammlung den Grundsatzbeschluss treffen und im Laufe der nächsten zwei Monaten ist mit der Gründung zu rechnen.*

Die Inhalte liegen Ihnen heute als Eckpunkte vor.

Der Durchführungsvertrag wird der Stadtverordnetenversammlung nur zur Kenntnisnahme und nicht zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Frage, wie viel Fläche für Nutzungen wie Hallenschauen, Gärtnermarkt, Catering, Sonderschauen etc. benötigt wird, wird nach Abschluss der konkreten Planungen Ihnen vorgelegt.

Und wie schon bei der Frage der Planungsaufträge dargestellt worden ist, kann es erst eine Folgenutzung und Folgekosten und eine Darstellung eines Pflege- und Entwicklungskonzeptes geben, wenn die konkreten Planungen des Büros Geskes & Hack vorliegen, und das wird Ihnen dann auch vorgelegt werden.

Damit ist der Berichtsantrag der Bürgerliste aus meiner Sicht erledigt.“

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, bemängelt, dass übergeordnete Ziele, die von den Agenda-Gruppen formuliert wurden, nicht bei den auf Seite 2 der Vorlage genannten Zwecken aufgeführt sind.

Stv. Janitzki beantragt folgende **Ergänzung** der Zwecke auf Seite 2 der Vorlage:

„6. möglichst niedrige Eintrittspreise für die Gießener Bürgerinnen und Bürger festlegen, die über ein sehr geringes Einkommen, insbesondere für Gießen-Pass-Inhaber, verfügen.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, beantragt, dass der Gesellschaftsvertrag nicht nur dem Magistrat, sondern auch der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegt wird. Der Antragstext solle somit lauten:

*„Die Gründung der ‚Landesgartenschau Gießen 2014 GmbH‘ wird beschlossen. Der Gesellschaftsvertrag wird dem Magistrat **und der Stadtverordnetenversammlung** zur Abstimmung vorgelegt.“*

Bürgermeisterin Weigel-Greilich entgegnet auf die Kritik des Stv. Janitzki, dass die einzelnen Ziele der Landesgartenschau bereits an anderer Stelle besprochen und beschlossen worden seien. In der jetzigen Vorlage gehe es nur um Eckpunkte. Details würden in den Durchführungsvertrag aufgenommen, der der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Zum Antrag des Stv. Merz sagt **Bürgermeisterin Weigel-Greilich**, die Gründung der Gesellschaft solle zeitnah erfolgen. Nach Auskunft des Rechtsamts genüge es, wenn die Beschlussfassung über den Gesellschaftsvertrag nur durch den Magistrat erfolge.

Auf den Hinweis des **Stv. Schirmer**, SPD-Fraktion, dass in der Magistratsvorlage der Antragstext nur zwei kurze Sätze umfasst und die Begründung nicht Inhalt

des Beschlusses ist, ändert **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** die Vorlage dahin gehend, dass die Antragsbegründung mit Ausnahme des ersten Absatzes Bestandteil des Antrags wird.

An der Aussprache beteiligen sich weiterhin die Stadtverordneten Koch-Michel, Möller, Dr. Speiser und Zippel.

Beratungsergebnis:

- Der Änderungsantrag des Stv. Merz wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
- Der Änderungsantrag des Stv. Janitzki wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; StE: SPD).
- Der geänderten Magistratsvorlage wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: LINKE; StE: SPD).

**9.1. Landesgartenschau
hier: Gründung einer Durchführungsgesellschaft
- Antrag der BLG vom 07.06.2010 -**

STV/3125/2010

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

- wann ist mit der Gründung der Durchführungsgesellschaft zu rechnen,
- welche Inhalte werden darin geregelt,
- wird der Durchführungsvertrag der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme bzw. zur Beschlussfassung vorgelegt,
- wie viel Fläche wird erfahrungsgemäß für Nutzungen wie Hallenschauen, Gärtnermarkt, Catering, Sonderschauen etc. benötigt,
- gibt es bereits eine Darstellung der Folgenutzungen und Folgekosten und deren Finanzierung,
- eine Darstellung eines Pflege- und Entwicklungskonzeptes?“

Beratungsergebnis: Nach den Ausführungen der Bürgermeisterin Weigel-Greilich (siehe TOP 9) erklärt die BLG den Berichtsantrag für erledigt.

**10. Kommunalen Finanzausgleich; Zuweisungen zu den
Ausgaben der örtlichen Jugendhilfe nach § 23b
Finanzausgleichsgesetz - Klage gegen das Land Hessen
- Antrag des Magistrats vom 26.05.2010 -**

STV/3097/2010

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, Klage gegen den Bescheid des Hessischen Ministeriums der Finanzen vom 20.03.2009 in Gestalt des Bescheids vom 08.07.2009 zu erheben.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erläutert die Vorlage kurz.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

11. Kostenerstattung für Maßnahmen der Schulgesundheitspflege **STV/3138/2010**
- Antrag des Magistrats vom 14.06.2010 -

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, dass Klage gegen die Gebührenbescheide des Landkreises vom 21.5. und 02.06.2010 erhoben worden ist.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, für den Fall, dass der Landkreis auf der Zahlungsfrist in den Bescheiden besteht und den Aussetzungsantrag der Stadt zurückweist, einen Aussetzungsantrag beim Verwaltungsgericht zu stellen.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erklärt, dass die Klage zur Fristwahrung bereits eingereicht wurde und bittet um nachträgliche Zustimmung.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).

12. Entlastung des Haushaltsplanes der Stadt Gießen **STV/3091/2010**
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.05.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert zu prüfen, ob der Erwerb von beweglichen Geräten und Kraftfahrzeugen - auch für die städtische Müllabfuhr - statt über kreditfinanzierte Sofortbezahlung auch über Leasingverträge durchgeführt werden kann.“

Stv. Zippel, FW-Fraktion, trägt die Begründung des Antrags vor.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Preiß, Wagener, Koch-Michel, Schirmer, Janitzki und Möller sowie Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/GR; StE: CDU/LINKE/FDP).

13. Besetzung der Stelle der Frauenbeauftragten **STV/3052/2010**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 07.06.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf:

Die Stelle der Frauenbeauftragten der Stadt Gießen ist

1. nahtlos zum 1. 10. 2010 und
2. durch ein externes Ausschreibungsverfahren zu besetzen.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE).

13.1. Besetzung der Stelle der Frauenbeauftragten **STV/3129/2010**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert

1. Die Stelle der Frauenbeauftragten extern auszuschreiben
2. Die Stelle der Frauenbeauftragten so auszuschreiben, dass diese am 01.10.2010 wieder besetzt werden kann.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE).

14. Aufsichtsrat der Stadttheater GmbH **STV/3053/2010**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 07.06.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, sich bei den Gesprächen mit dem Kreis Ausschuss des Landkreises um einen neuen Gesellschaftsvertrag der Stadttheater GmbH dafür einzusetzen,

1. dass die Rechte des Aufsichtsrates insgesamt und die der einzelnen Mitglieder in diesem Kontrollgremium nicht eingeschränkt, sondern innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen soweit wie möglich ausgebaut werden,
 - insbesondere sollte die Einrichtung eines Personalausschusses als nicht notwendig abgelehnt und
 - das Recht eines einzelnen Mitgliedes Berichtsansprüche durchzusetzen, wie es das Aktiengesetz ermöglicht, bekräftigt werden und
2. dass der Aufsichtsrat um ein gleichberechtigtes Mitglied erweitert wird, und zwar um einen Vertreter des Betriebsrates.“

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, beantragt, die einzelnen Teile des Antrags getrennt abzustimmen.

Beratungsergebnis:

- Der erste Abschnitt des Punktes 1. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
- Der erste Spiegelstrich des Punktes 1. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
- Der zweite Spiegelstrich des Punktes 1. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
- Punkt 2. des Antrags wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

**15. Internet-Versorgung in den Stadtteilen und im Europaviertel
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -**

STV/3124/2010

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Der Magistrat wird gebeten, sich nachhaltig für eine deutlich verbesserte und schnellere Versorgung mit Internet-Infrastruktur (Breitbandverkabelung) in den Stadtteilen und im Europa-Viertel einzusetzen. Neben einer leitungsgebundenen Lösung sind auch richtfunkgestützte und funkgestützte Lösungen zu prüfen.

Der Magistrat soll in diesem Zusammenhang auch prüfen, ob eine Mitgliedschaft der Stadt Gießen im Verein ‚Gießener Land‘ für die entsprechenden Stadtteile nützlich ist.“

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, begrüßt den Antrag und kündigt seine Zustimmung an.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**16. Schulbaupauschale
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -**

STV/3126/2010

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen protestiert auf das Entschiedenste gegen Pläne der Hessischen Landesregierung, die Schulbaupauschale für die Schulträgerkommunen zu streichen. Zusammen mit der beabsichtigten Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um insgesamt 400 Mio. € stellt dies eine unerträgliche Verschlechterung der Finanzsituation der Städte und Landkreise dar. Für die Stadt Gießen würde sich aus beiden Maßnahmen ein Einnahmeverlust von ca. 4,8 Mio. € ergeben, die unter keinen Umständen hinnehmbar sind.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, trägt kurz die Begründung des Antrags vor.

Oberbürgermeisterin Grabe Bolz erklärt, dass aus einer Berechnung der Finanzausgleichsmasse vom 08.06.2010 hervorgeht, dass die Schulbaupauschale für 2011 auf dem diesjährigen Niveau erhalten bleibt.

Stv. Backhaus, CDU-Fraktion, ergänzt, dass nach den Informationen der kommunalen Spitzenverbände die Schulbaupauschale nicht gestrichen werde.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, sagt, der Antrag sei nicht mehr aktuell und daher nicht zustimmungsfähig.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, schlägt vor, heute über den Antrag nicht abzustimmen. Er wolle die Informationen zu der Angelegenheit noch einmal prüfen. Bis zur Stadtverordnetenversammlung werde die SPD-Fraktion entscheiden, ob der Antrag zurückgezogen werde oder nicht.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung.

17. Persönlichkeits- und Datenschutz für Gießens Bürger (Google Streetview) STV/3127/2010
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen missbilligt die Erfassung von Daten aus privaten W-LAN-Netzen und das digitale fotografieren von Privatpersonen sowie deren Häuser und Wohnungen durch die Google Germany GmbH im Rahmen des Projekts ‚Google Streetview‘. Das Unternehmen wird aufgefordert, die Sammlung von Foto-Daten und die Erfassung von Daten aus privaten W-LAN-Netzen im Stadtgebiet zu unterlassen und sämtliche in der Stadt Gießen über private W-LAN-Netze gesammelte Daten zu löschen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat der Stadt Gießen auf, eine Liste nach dem Muster des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Stadtbüro auszulegen, in der sich Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gießen zum Zwecke des Widerspruchs gegenüber der Google Germany GmbH bezüglich der mittels digitaler Fototechnik erhobenen Daten eintragen können.

Die Auslegung wird über die Lokalpresse öffentlich bekannt gegeben und ist für die Dauer von mindestens drei Monaten nach Bekanntgabe vorgesehen und wird danach an die zuständige Stelle der Google Germany GmbH weitergeleitet.“

Stv. Nübel, SPD-Fraktion, führt aus, dass der Magistrat aufgefordert werden solle, Widerspruchslisten nach dem Muster des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Stadtbüro auszulegen.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, beantragt, den Antragstext dahin zu ergänzen, dass auf der Homepage der Stadt Gießen ein Link auf ein entsprechendes Formular des RP Darmstadt angebracht werden soll, mit dem Bürger zusätzlich Einspruch erheben können.

Stv. Nübel antwortet, die SPD-Fraktion übernehme die Ergänzung.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz sagt, es liege eine Stellungnahme des Rechtsamts vor, in der es vor der Auslegung von Sammelisten warne, weil damit ein Haftungsrisiko verbunden sein könne.

Stv. Nübel schlägt vor, den Antragstext unter Berücksichtigung der Ergänzung des Stv. Möller und der von der Oberbürgermeisterin geäußerten Bedenken bis zur Stadtverordnetensitzung einvernehmlich neu zu formuliert.

Beratungsergebnis: Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

18. EDEKA-Markt in der Ludwigstraße **STV/3128/2010**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Grünen, FDP
vom 06.05.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Oberbürgermeisterin D. Grabe-Bolz als Vorsitzende des Aufsichtsrates der städtischen Wohnbau auf darüber zu berichten, wie das Problem des eventuellen Standortverbleibs resp. der Standortverlagerung des EDEKA-Marktes in der Ludwigstraße gelöst werden soll.“

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag kurz.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz berichtet, der Geschäftsführer der Wohnbau Gießen GmbH habe ihr gesagt, die Wohnbau halte an dem Bestand des Edeka-Marktes an dem jetzigen Standort fest. Es bestehe ein befristeter Mietvertrag, der sich automatisch verlängere, wenn keine Vertragspartei eine Kündigung ausspreche. Bisher sei keine Kündigung erfolgt. Das Gebäude sei nach Darstellung der Wohnbau sanierungsbedürftig.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, fragt, wann in 2010 die Frist ablaufe, bis zu der eine etwaige Kündigung auszusprechen sei und wie lange der Vertrag derzeit noch Gültigkeit habe. Weiterhin möchte Stv. Möller wissen, ob bei der anstehenden Sanierung des Gebäudes das Erdgeschoss geräumt werden muss.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz antwortet, sie werde den gestellten Fragen nachgehen.

Stv. Möller äußert, der Antrag solle daher bestehen bleiben und bittet um Abstimmung.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**19. Vergabe des Sportplatzes an der Volkshalle STV/3130/2010
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -**

Antrag:

„Bei der Vergabe des neuen Sportplatzes an der Volkshalle sind die Belange des Spielbetriebes und des Trainingsbetriebes der Vereine SV Blau-Weiß Gießen, TSV Blau-Weiß Rödgen und Türkiyemspor Gießen vorrangig zu berücksichtigen.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**20. Berichtsantrag zur Partizipation heimischer Betriebe an STV/3131/2010
Konjunkturprogrammen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, unter Angabe der Auftragsvolumina, zu berichten wie viele der im Rahmen der Konjunkturprogramme durch die Stadt Gießen vergebenen Bauleistungen regionalen Betrieben zu Gute kamen.

Welche Ausschreibungsverfahren wurden von der Stadt Gießen angewandt?

Wie viel Prozent der Vergaben im Rahmen der Konjunkturprogramme wurde ein Interessenbekundungsverfahren vorgeschaltet?

In wie viel Prozent wurde das Instrument der freihändigen Vergabe angewandt?

In wie viel Prozent der Fälle wurden Bauleistungen in kleine Lose aufgeteilt, um kleineren regionalen Betrieben die Partizipation zu ermöglichen?

Hatte die Stadt Gießen Zugriff auf die Abfrage der IHK Gießen-Friedberg und der Kreishandwerkerschaft bei den regionalen Betrieben zum Konjunkturprogramm?“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**21. Antrag zur Verordnung über die Mindestvoraussetzungen STV/3132/2010
für den Betrieb von Kindertagesstätten (MindestVO)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2010 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu berichten:

1. In welchen Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Gießen lag der Betreuungsschlüssel zum 31.12.2008 über den vom Land mit der o. a. Verordnung zum 1.9.2009 festgesetzten?
2. Welche Kosten ergeben sich aus der Differenz zwischen den bis zum 31.08.2009 gültigen Personalschlüsseln und dem zum Stichtag 31.12.2008 tatsächlich erreichten Stand?
3. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat hinsichtlich der Lage bei den freien Trägern von Kindertagesstätten, die Übererfüllung der Personalstandards gemäß MindestVO betreffend?
4. Welche Einnahmeausfälle ergeben sich für die Stadt Gießen aus der Tatsache, dass das Land Hessen nunmehr nur solche Mehrkosten für Personalausstattung erstatten will, die durch Einstellungen ab dem 1.1.2009 entstanden sind?
5. Welche Folgen hat die Tatsache, dass das Land Hessen auch bei freien Trägern nur solche Mehrkosten für Personalausstattung erstatten will, die durch Einstellungen ab dem 1.1.2009 entstanden sind, für die von der Stadt Gießen an die Träger zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse?“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

22. Verschiedenes

- **Herr Muharemovic**, Vertreter des Ausländerbeirats, fragt, ob der Antrag „Unbefristete Besetzung von acht Erzieher-Stellen“, STV/3122/2010, der im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport behandelt wurde, nicht auch auf der Tagesordnung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses hätte stehen müssen.

Die **Vorsitzende** antwortet, der Antragsteller habe die Behandlung in diesem Ausschuss nicht beantragt. Auch sei zu Beginn der heutigen Sitzung kein entsprechender Wunsch geäußert worden.

- **Stv. Merz**, SPD-Fraktion, wiederholt seine bereits in der vergangenen Sitzungsrunde geäußerte Anregung, dass große Bauprojekte wegen ihrer finanziellen Relevanz auch im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss behandelt werden sollten. Die Kriterien könnten im Ältestenrat besprochen werden.

Außerdem bejaht **Stv. Merz** die Frage des Herrn Muharemovic, da der Stellenplan auch Teil des Haushaltsplans und von erheblicher Finanzrelevanz sei.

- Die **Vorsitzende** weist daraufhin, dass die nächste reguläre Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 30.08.2010, 19:00 Uhr, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) E i b e l s h ä u s e r

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h